

DBM | RECHTSANWÄLTE Tauentzienstraße 11 | 10789 Berlin

Durch Boten

Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden und
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Klaus Wowereit
Berliner Rathaus
10178 Berlin

o f f e n e r B r i e f

Berlin, 9. April 2014
Aktenzeichen: 03-13-3116/me/h
Rechtsanwalt Dr. Hans-Georg Meier
Sekretariat: Marina Bendel

Telefon + 49 30 254591-55
Telefax + 49 30 254591-66
m.bendel@advocati.de

Betr.; **Harald Siegle und die FBB**

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

Herr Harald Siegle hat mich mit seiner Vertretung beauftragt.

Mein Mandant hat die Erwartung, dass der Aufsichtsrat unter Ihrer Leitung Ende dieser Woche Herrn Mehdorn veranlassen wird, die gegen ihn erfolgten Kündigungen zurück zu nehmen. Wie Sie wissen, hat Herr Siegle lange mündlich und schriftlich versucht, innerhalb der Berliner Flughäfen Gehör zu finden, leider vergeblich. Aus den Befragungen im BER-Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses wie auch aus der aktuellen Berichterstattung zu dem Prozess gegen Herrn Rainer Schwarz resultierte immer wieder der dringende Hinweis, dass betriebsinterne sachkundige Personen es vorgeblich unterlassen hätten, sich an den Aufsichtsrat als Aufsichtsgremium zu wenden um letztlich Schaden vom Projekt, den Steuerzahlern und der drei Anteilseigner Berlin, Brandenburg und des Bundes abzuwenden. Dies hat Herr Siegle getan und wurde nun von der FBB mit zwei Kündigungen (fristlos, vorsorglich fristgerecht) belegt, obgleich ihm zuvor in mehreren Schreiben und Zeugnissen hervorragende Leistungen bescheinigt wurden. Eine Duldung dieses Vorgehens berührt u.E. unmittelbar auch die Rolle und das Selbstverständnis des Aufsichtsrates.

Nur durch die Rücknahme der Kündigungen kann ein für die Aufrichtigkeit und Informationsbereitschaft von Mitarbeitern gegenüber Aufsichtsgremien verhee-

Rechtsanwälte und Notare

Europa-Center
Tauentzienstraße 11
10789 Berlin
Telefon +49 30 254591-0
Telefax +49 30 254591-11
www.advocati.de

DBM | RECHTSANWÄLTE

Geske & Partner

AG Charlottenburg
PR 678 B

Deutsche Bank AG
BLZ 100 700 00
Konto 951 20 70

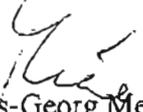
IBAN
DE74 1007 0000 0951 2070 00
BIC
DEUTDE33XXX

rendes Signal vermieden und natürlich auch ein gerichtliches Verfahren überflüssig gemacht werden. Mein Auftrag richtet sich daher noch nicht auf die Einleitung eines Kündigungsschutzprozesses.

Das in solchen Fällen häufige Argument, man wolle in ein laufendes Verfahren nicht eingreifen, ist jedenfalls hier nicht überzeugend, denn die aufgeworfene Problematik ist weit mehr eine politische denn eine rechtliche: Sind schwerwiegende Fehlentwicklungen in öffentlichen Unternehmen „Geheimsache“ und „unliebsame Kritiker zu feuern“, wie die Presse es beschreibt? Will man Mitarbeiter von in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen, die mit Milliarden Euro-Beträgen aus Steuergeldern finanziert werden und wegen ihrer Probleme im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, mit existenziellen beruflichen Maßnahmen überziehen, weil ihre in den Tatsachen unbestrittene Kritik an der Geschäftsführung (die, wiederum laut Presse, mit Kritik nicht umgehen kann) an die Öffentlichkeit gelangt?

Sehr geehrter Herr Wowereit,
als Rechtsanwalt und als politischer Bürger bitte ich Sie dringend, die Beantwortung dieser Fragen nicht nur Gerichten zu überlassen. Diese haben bereits entschieden, dass „in einer demokratischen Gesellschaft das öffentliche Interesse an Informationen über Mängel ... in einem staatlichen Unternehmen so wichtig (ist), dass es gegenüber dem Interesse dieses Unternehmens am Schutz seines Rufes und seiner Geschäftsinteressen überwiegt.“ (Heinisch ./ Bundesrepublik Deutschland – EGMR 28274/08 -). Es sollte Ihnen und dem Kollegium des Aufsichtsrates daher ein Anliegen sein, dafür zu sorgen, dass die Kündigungen zurückgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen
DBM | RECHTSANWÄLTE


Dr. Hans-Georg Meier
Rechtsanwalt

Verteiler
Betriebsräte FBB
Presse